



Detailansicht des Registereintrags

Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.

Stand vom 24.06.2024 15:33:24 bis 18.03.2025 10:55:42

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004653
Ersteintrag:	25.05.2022
Letzte Änderung:	24.06.2024
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	<p>Adresse: UfU e.V. Greifswalder Straße 4 10405 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +4942849930 E-Mail-Adressen: mail@ufu.de Webseiten: www.ufu.de</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Öffentliche Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit, Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

0,10

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dr Michael Zschiesche

Funktion: Geschäftsführer, Vorstandsvorsitzender

2. Florian Kliche

Funktion: Geschäftsführer

3. Adrian Johst

Funktion: erster stellvertretender Vorstandsvorsitzender

4. Berthold Breid

Funktion: Schatzmeister

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. Tom Grünberger

2. Luisa Schneider

3. Dr Michael Zschiesche

4. Florian Kliche

Gesamtzahl der Mitglieder:

171 Mitglieder am 24.06.2024, davon:

169 natürliche Personen

2 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (16):

1. Deutscher Naturschutzring (DNR)
2. Klima-Allianz
3. Bundesverband Schule Energie Bildung
4. Ecological Research Network
5. Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU)
6. Berlin 21
7. Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU)
8. Environmental Law Alliance Worldwide (ELAW)
9. GRÜNE LIGA e.V.
10. Verein Haus der Demokratie und Menschenrechte
11. Landesverband für Energieeffizienz e.V.
12. Allianz Rechtssicherheit
13. J&E (Justice & Environment)
14. Umweltbildungsforum LSA
15. VAV e.V. (Verein für alternative Versorgungskonzepte)
16. Sustainable Development Solutions Network Germany (SDSN)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (31):

Menschenrechte; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Berufliche Bildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Entwicklungspolitik; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Kultur; Meinungs- und Pressefreiheit; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Verwaltungstransparenz/Open Government; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Infrastrukturplanung und Beschleunigungsgesetze

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Unabhängige Institut für Umweltfragen ist ein wissenschaftliches Institut und eine Bürgerorganisation. Neben der wissenschaftlichen Tätigkeit im In- und Ausland initiiert UfU Projekte und Netzwerke, die öffentlich und gesellschaftlich relevant sind. UfU arbeitet in den vier Fachgebieten Energieeffizienz und Energiewende, Klimaschutz und Transformative Bildung, Umweltrecht und Partizipation, Naturschutz und Umweltkommunikation. Derzeit sind ca. 30 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im UfU beschäftigt. Darüber hinaus arbeitet UfU regelmäßig mit festen freien Kolleginnen und Kollegen zusammen. Die Ergebnisse unserer Arbeit publizieren wir regelmäßig in Studien und Paper sowie diversen Bildungsmaterialien. UfU verzahnt, getreu seinem Credo Umweltwissenschaft Bürgernah, seine Forschungsaktivitäten mit der Umsetzung praktischer Projekte. Wir arbeiten daher häufig mit anwendungsbezogenen Schwerpunkten.

Im Bereich des Umweltrechts ist es unser Hauptanliegen zu untersuchen, wie sich bei den Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger Theorie und Wirklichkeit zueinander verhalten. Ein Schwerpunkt ist hier die empirische Rechtsforschung, in deren Rahmen wir Umfang, thematische Schwerpunkte und Erfolg von Bürgerengagement untersuchen.

Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Methodenforschung zur Partizipation dar, die oft in engem Zusammenhang mit Fragen des Umweltrechts steht, dient sie doch dazu, Verbesserungsmöglichkeiten auf eben diesem Gebiet der Bürgerbeteiligung zu erarbeiten. Entwickelt, miteinander verglichen und verbessert werden dabei die Herangehensweisen und Methoden zur Partizipation in Umweltschutz und -recht.

Auch in der Umweltbildung macht die Methodenforschung einen wesentlichen Schwerpunkt aus. Hier geht es um Wege zur Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten insbesondere in den Feldern Klimaschutz, Energiewende und Erneuerbaren Energien. Hierbei zielen wir auf alle Altersgruppen und entwickeln Methoden und Arbeitsmaterialien, die geeignet sind, intrinsische Motivation zu erzeugen, und das Thema vom Lehrer- zum Schülerthema zu wandeln, das auch im privaten Lebensalltag eine Rolle spielt. Darüber hinaus werden Ansätze entwickelt, die die pädagogische

Arbeit gleichzeitig mit direkten Erfolgen im Klimaschutz zu verbinden, wie dies beispielsweise mit Anreizmodellen zum Energiesparen wie fifty-fifty aber auch mit pädagogisch genutzten Schul-Solaranlagen erfolgreich umgesetzt wird.

Neben Klimaschutz ist auch der Naturschutz ein wesentliches Thema, was methodisch breit und konkret anwendungsbezogen bearbeitet wird. Die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt oder auch Biodiversität sind zentrale Themen des Naturschutzes. Der Reichtum der Arten wird zunehmend durch Klimaänderungen, Landnutzungswandel oder das Auftreten invasiver Arten bedroht. Von der Erfassung von Daten über Vernetzungsdienstleistungen oder Weiterbildungen arbeiten wir mit verschiedenen Akteuren und Zielgruppen, um beispielsweise die Ausbreitung invasiver Arten einzudämmen.

Konkrete Regelungsvorhaben (0)

Die Interessenvertretung bezieht sich aktuell nicht auf die konkrete Änderung bestehender oder den Erlass neuer Gesetze oder Verordnungen.

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (22):

1. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 200.001 bis 210.000 Euro

Die Demonstration einer wirtschaftlichen Nutzung von Bergbaufolgeflächen für den Anbau von Cassava zur Bioethanolproduktion soll in der südvinamesischen Provinz Lam Dong gezeigt werden. Auch werden rechtliche Regelungen zur Kultivierung von Bergbauflächen konzipiert.

Darüber hinaus wird für zwei Provinzen eine Übersichtskarte von Marginalflächen erstellt, die das Brachflächenkataster für Bergbauflächen aus dem Pilotprojekt ergänzt. Damit soll der vietnamesischen Umwelt-Administration (VEA) ein Instrument für die Verwaltung und Planung der Nachnutzung bzw. Nutzung von Bergbau- und Marginalflächen zur Verfügung gestellt werden.

Projektbegleitend erfolgen abgestimmte Kommunikations- und Schulungsmaßnahmen zur Sensibilisierung und Kapazitätsbildung für vietnamesische Stakeholder aus

Regierungseinrichtungen, der Wirtschaft und wissenschaftlichen Einrichtungen als auch Entrepreneurs im Sektor Erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe, Rohstoffabbau, Landwirtschaft und Klimaschutz.

2. BMUV

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro

Im Projekt ZIVIKLI werden die erarbeiteten Handlungsoptionen gemeinsam mit Partnerorganisationen in Georgien, Kolumbien und der Ukraine nun umgesetzt. Während der BUND in enger Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen deren klimapolitische Profile und Aktivitäten und stärkt, begleitet UfU das Projekt vor allem wissenschaftlich und mit Blick auf Fragen zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung in der Klimapolitik. So wurde eine Studie zum Status Quo und Good Practices der Beteiligung der Zivilgesellschaft veröffentlicht und für jedes der Partnerländer Handlungsempfehlungen definiert, wie die Beteiligung der Zivilgesellschaft in Klimaschutzstrategien verbessert werden kann.

3. BMUV

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

In den nationalen Diskussionen über die zukünftigen Energiepolitiken sind Co-Benefits wichtige Argumente für die Entscheidung für mehr erneuerbare Energien. Hierbei ist jedoch von großer Bedeutung, dass die Zusatzeffekte nicht abstrakt und allgemein bleiben, sondern dass sie individuell auf die politischen und gesellschaftlichen Bedürfnisse in den jeweiligen Ländern zugeschnitten werden. Das Projekt setzt hier an, indem es Ministerien, Behörden und Nichtregierungsorganisationen in den Projektländern zukünftig eine maßgeschneiderte Beratung zu diesem Thema ermöglicht. Gemeinsam mit Wissenspartnern in Indien, Südafrika, Vietnam und der Türkei spezifiziert das Projekt länderspezifische Co-Benefits von Klimapolitiken, mit Schwerpunkt auf Möglichkeiten durch nachhaltige Energien.

4. Umweltbundesamt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Dessau-Roßlau

Betrag: 580.001 bis 590.000 Euro

Der Schwerpunkt des Projektes liegt zum einen darauf, Dialog- und Positionierungsprozesse hinsichtlich der Umsetzung der Aarhus-Konvention auf der europäischen Ebene zu organisieren, und zum anderen auf der Informationsaufbereitung und der Erstellung von Bildungsmaterialien rund um die Themen Umweltinformationszugang, Beteiligung und Rechtsschutz in Umweltangelegenheiten auf europäischer Ebene.

5. BMUV

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Mit CapaViet 3 verlängert das UfU sein Engagement im Altlastenmanagement in Vietnam. Durch die Kombination von Maßnahmen im Bereich Bildung, des Know-how- und

Technologietransfers und der Förderung der Behördenkooperation sollen die Kapazitäten in der Erfassung und im Umgang mit kontaminierten Flächen innerhalb der vietnamesischen Behörden weiter gestärkt werden.

6. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn

Betrag: 200.001 bis 210.000 Euro

Das Ziel des GreenCityLab Hue Projekts ist die Schaffung eines mehrstufigen und multidisziplinären Forschungs- und Experimentierraums, in dem Ideen und Konzepte für die Wiederherstellung und den Ausbau grün-blauer Infrastrukturen (GBI) in der Stadt Hue, Zentralvietnam, entwickelt, getestet, visualisiert, diskutiert und umgesetzt werden sollen. In Kooperation mit Stakeholdern aus Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft wird das Projektensemble für die gemeinsam abgestimmte, koordinierte und strategisch geplante Entwicklung eines Netzwerks von (halb-) natürlichen Gebieten in Hue gemeinsames Know-How, Konzepte und eine Datenbank entwickeln. Durch die Integration von naturbasierten Lösungen und GBI in die Stadtentwicklung Hues können eine Vielzahl von Ökosystemdienstleistungen geschützt werden und dabei gleichzeitig die soziale und ökologische Resilienz Hues und seiner Umgebung z.B. gegenüber den Folgen des Klimawandels erhöht und gestärkt werden.

7. **BMUV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Der Klimawandel hat ein Gesicht, genau genommen fast acht Milliarden Gesichter. Denn der Mensch ist sowohl Verursachender des Klimawandels als auch Leidtragender seiner weitreichenden Folgen. Außerdem ist der Klimawandel wahrlich kein Thema der Zukunft, sondern bereits jetzt für viele Menschen aktuell und real. Deshalb bietet das UfU e.V. im Verbundprojekt KlimaGesichter Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte und an dem Projekt interessierten Klimaschützern eine Fortbildung zu Klimaschutzbotschaftern an.

8. **Reiner Lemoine Stiftung, DBU, Naturstiftung David**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Neuss, Osnabrück, Halle

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Gemeinsam gestalten wir die Energiewende dort, wo die Energiesparer*innen von Morgen lernen. Unser Ziel ist es, Energie bzw. Strom für Schüler*innen sichtbar zu machen und das Verständnis sowie die Sensibilität für die Energiewende zu vertiefen. Wir möchten die abstrakten Themen rund um die Energieversorgung so herunterbrechen, dass die Heranwachsenden ein Gefühl dafür bekommen, wie und wann Strom generiert und effizient genutzt wird.

9. **BMUV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Die Produktion von Biomasse für eine energetische Verwertung wird in ländlichen Gebieten bereits im großem Maßstab und unter hohem Verbrauch von Fläche praktiziert. In diesem Pilotprojekt soll dieses Vorgehen auf für den Klimaschutz ungenutzte Räume übertragen werden. Durch die vertikale Produktion wird der Flächenverbrauch für die Produktion von Biomasse eingespart und neben Klimaschutz- auch Klimaanpassungsmaßnahmen, die insbesondere für urbane Räume wertvoll sind, zur Verfügung gestellt.

10. BMBF

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Invasive und gebietsfremde Arten (IGA) breiten sich zunehmend aus und bedrohen dabei nicht nur andere Arten oder deren Lebensräume, sondern haben auch Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesundheit der Bevölkerung. Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) will zusammen mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) sowie dem Verein Wildlife Detection Dogs durch die Einbeziehung von zu schulenden Hunden und deren Halter*innen die Informationsbasis zur Verbreitung von invasiven gebietsfremden Arten verbessern.

11. BMUV, Heidehof-Stiftung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin; Stuttgart

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Das dreijährige Vorhaben Mein grün-faires-Revier stärkt junge Menschen im Lausitzer Revier (LR) und Mitteldeutschen Revier (MR) darin, den ökologischen Strukturwandel ihrer Regionen sowie eine umweltgerechte Stadtentwicklung nach ihren Vorstellungen mitzugestalten. Gemeinsam mit dem BUNDjugend Bundesverband und dem BUND /BUNDjugend Brandenburg als Projektpartner*innen sollen junge Menschen bestärkt, empowert und unterstützt werden. Die Bedürfnisse der jungen Menschen selbst, ihre Ideen und Handlungsspielräume sollen dabei den Raum bekommen, der leider häufig viel zu kurz kommt. Gerechtigkeits- und Partizipationsfragen spielen ebenso eine Rolle wie persönliche Perspektiven auf Engagement, Beruf sowie Wohnort und Lebensweltgestaltung.

12. BMUV

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Partizipation, Digitalisierung und Umweltschutz. Wie geht das zusammen?
Das UfU untersucht in dem Projekt E-Partizipation Umwelt wo die Möglichkeiten und Grenzen digitaler Beteiligungsinstrumente für die Beteiligung der Öffentlichkeit in umweltrelevanten Verwaltungsverfahren in Deutschland liegen.

13. BMUV, UBA

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin, Dessau
Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Das Projekt zielt darauf ab strategisch die Entwicklung von Organisationen für die notwendige Nachwuchsförderung im Umwelt-NGO-Bereich in der Republik Moldau zu verbessern. Mit der Organisationsentwicklung sowie der individuellen Förderung geht eine Steigerung der Professionalität der Organisationen als auch eine Steigerung der Attraktivität für Nachwuchskräfte im Umweltbereich zu arbeiten, einher. Nur mit einer kombinierten gezielten Förderung von Organisationen und Nachwuchskräften kann der anstehende Generationswechsel im Umweltbereich der Republik Moldau zur Erhaltung und Weiterqualifizierung der etablierten Organisationen erfolgreich gestaltet werden.

14. **BMUV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Das Projekt bringt in vier Städten lokale Umweltinitiativen mit Studierenden, Kommunalverwaltungen und fachfremden Akteur*innen wie Sport- und Kunstvereinen in Aktionsgruppen zusammen, um gemeinsam die Gestaltung und Reaktivierung einer bisher ungenutzten Fläche in ihrer Stadt mittels naturbasierte Lösungen (insbesondere Begrünung oder Teilentsiegelung) zu planen und diese Planung im Rahmen einer kreativen und medial begleiteten

15. **SenUMVK Berlin**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Energiesparen und Klimaschutz sind das Gebot der Stunde: Das Land Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu sein. Was kann in dieser Situation sinnvoller sein, als in den Schulen energiesparendes Verhalten vorzuleben und den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeiten zum Energiesparen zu vermitteln.

Im Jahr 2023 wurde der Anfang mit 6 teilnehmenden Schulen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf unter Förderung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) in Kooperation mit dem Klima-Quartierskonzept KliQ gemacht.

16. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 220.001 bis 230.000 Euro

Schulen sind in Kommunen große Energieverbraucher verursachen hohe CO2-Emissionen. Als Orte, an denen zukünftige Generationen lernen, spielen Schulen eine besondere Rolle. Hier setzt das Projekt Visions2045 an. Ziel des Projekts ist es, Schulen auf ihrem Weg zur Klimaneutralität zu begleiten und zu unterstützen. Das Besondere an diesem Projekt ist, dass Schulen aus 6 Kommunen und 3 Ländern zusammenarbeiten: Bulgarien, Polen und Slowenien.

17. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Das Projekt MENERGERS – Energiemanager-Services möchte in Kommunen eingreifen. Es stellt eine EUKI-finanzierte Initiative zur Unterstützung lokaler Verwaltungen bei der effizienten Koordinierung der Energiewende hin zu emissionsarmen Städten. Das Hauptziel des Projekts ist es, Kommunen in Bulgarien und Rumänien zu befähigen, ihre Rolle als kommunale Energiemanager bestmöglich zu manifestieren und so zu den nationalen Energie- und Klimazielen beizutragen.

18. BMWK

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Schüler*innen aus der Europäischen Union und den Beitrittsländern kommen zusammen und schaffen eine gemeinsame Perspektive für die Erreichung der Klimaneutralität sowohl von Kulturhauptstädten als auch von Städten der Zukunft. Die Ergebnisse und die partizipative Methodik des Projekts stehen im Einklang mit dem EU-Ziel, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen.

19. SenUMVK Berlin

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Berlin

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

UfU und BUND Berlin organisieren im Mai 2023 einen Kongress zur Umweltgerechtigkeit mit Quartiersmanager*innen zur Erarbeitung eines Praxisleitfadens „Umweltgerechtigkeit umsetzen in Berliner Quartieren“.

20. BMU

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

UfU und BUND Das übergeordnete Ziel des Forschungsprojektes ist, die in Umweltverbänden organisierte Zivilgesellschaft zu stärken. Zu diesem Zweck wird das Vorhaben die Entwicklung der deutschen Umweltorganisationen seit 2014 sowohl strukturell, konzeptionell als auch hinsichtlich seiner strategischen Voraussetzungen aufarbeiten und wesentliche Veränderungen im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten markieren und deutlich machen. Ein spezieller Fokus und Teilaspekt der Studie wird der Beschreibung und Aufarbeitung der Entwicklung besonders strukturschwacher ostdeutscher Umweltverbände seit 2014 auch im Vergleich mit ihren Verbundspartnern aus den Altbundesländern gewidmet.

21. BMWK

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

In einem transdisziplinären Diskurs und unter Einbeziehung von lokalen Energieagenturen sollen Weichen für eine höhere Akzeptanz und ein besseres Verständnis von möglichen Technologien für eine energieeffiziente Gebäudesanierung gestellt werden.

22. Bundeszentrale politische Bildung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Übergeordnetes Ziel des Modellprojektes ist die Erstellung eines Konzeptes, das aufzeigt, wie die Integration von politischer Bildung und BNE in der beruflichen Bildung dazu beitragen kann, Klimakompetenzen zu entwickeln und dadurch berufliche Bildung im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation zukunftsfähig gemacht werden kann. Pilothaft soll in den Bundesländern Berlin und Brandenburg im Rahmen des Projektes im Jahr 2023 mindestens eine größere Dialogveranstaltung mit verschiedenen Stakeholder:innen organisiert und durchgeführt werden. Diese wird vom UfU zusammen mit Akteuren der politischen Bildung in Werkstätten vorbereitet, konzipiert und durchgeführt.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

10.001 bis 20.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

[web_Jahresbericht_UFU_2022.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[Code-of-Conduct.pdf](#)